

SCHRIFTLICHE INFORMATION

gemäß § 6 EU-InfoG

zu Pkt. 1 der Tagesordnung der Sitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates am 21.11.2017

(135313/EU XXV.GP)

1. Bezeichnung des Dokuments

WEISSBUCH ZUR ZUKUNFT EUROPAS Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien (COM (2017) 2025 final)

2. Inhalt des Vorhabens

Kommissionspräsident Juncker präsentierte am 1. März 2017 im Rahmen der EP-Plenartagung das **Weißbuch zur Zukunft Europas**, welches fünf unterschiedliche Zukunftsszenarien zur Diskussion stellte. Diese schließen sich weder gegenseitig aus, noch sind sie erschöpfend:

1. **„Fortsetzen“**: Fortsetzung der bisherigen Politik im Sinne von Junckers „Neustart für Europa“ von 2014 und der Bratislava-Erklärung von 2016,
2. **„Ausschließlich der Binnenmarkt“**: Re-Zentrierung der EU-27 auf den Binnenmarkt,
3. **„Mehr EU für jene, die wollen“**: Koalition der Integrationswilligen die Möglichkeit einräumen, in spezifischen Bereichen (z.B.: Verteidigung, Innere Sicherheit, Asylsystem oder soziale Belange) voranzuschreiten,
4. **„Weniger, dafür effizienter“**: Konzentration auf ausgewählte Politikbereiche (z.B.: Sicherheitspolitik, Terrorismusbekämpfung),
5. **„Viel mehr gemeinsam machen“**: Ausweitung der Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungen der EU auf sämtliche Arbeitsbereiche (u.a. auch Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung, Verteidigung) sowie schnelleres Treffen und Umsetzen von Entscheidungen auf europäischer Ebene.

3. Hinweise auf Mitwirkungsrechte des Nationalrates und des Bundesrates

Mitwirkungsrechte des Bundesrates bestehen gemäß Art. 23e B-VG bzw. gemäß den Protokollen (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union und (Nr. 2) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Der selbständige Wirkungsbereich der Länder ist nicht betroffen.

4. Auswirkungen auf die Republik Österreich einschließlich eines allfälligen Bedürfnisses nach innerstaatlicher Durchführung

Unmittelbare Auswirkungen auf die Republik Österreich oder innerstaatliche Durchführungserfordernisse ergeben sich nicht.

5. Position des zuständigen Bundesministers samt kurzer Begründung

Österreich begrüßt die aktuelle Dynamik in der Zukunftsdebatte und wird als EU-Ratspräsidentschaft eine verantwortungsvolle Rolle bei wesentlichen Weichenstellungen haben. Oberste Priorität hat das Lösen von Problemen und Herausforderungen (z.B. Migration, Sicherheit). Eine Vertragsänderung hat keine Priorität. Die Grundpfeiler der europ. Integration müssen erhalten bleiben: insbesondere das für Österreich zentrale Subsidiaritätsprinzip und die Prinzipien der verstärkten Zusammenarbeit. Die Eurozone soll vertieft werden, um ihre Funktionsfähigkeit zu stärken. Die EU soll für jene Staaten offen bleiben, welche die europäischen Werte teilen.

6. Angaben zur Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität

Weder der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch der Grundsatz der Subsidiarität kommen zur Anwendung.

7. Stand der Verhandlungen inkl. Zeitplan

Europäische Kommission: Zusätzlich zum Weißbuch zur Zukunft Europas legte die Europäische Kommission im ersten Halbjahr 2017 **5 thematische Reflexionspapiere** vor: „Soziale Dimension der EU“; „Globalisierung meistern“; „Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion“; „Zukunft der europäischen Verteidigung“, „Zukunft der EU-Finanzen“.

Am 13. September skizzierte **Kommissionspräsident Juncker** in seiner **Rede zur Lage der Union** ein auf drei Prinzipien (Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit) basierendes 6. Szenario - eine Mischung aus Szenarien 4 und 5. Auf eine EU mehrerer Geschwindigkeiten wurde nicht direkt eingegangen, dafür aber Konvergenz der EU-Staaten als gemeinsames Ziel gefordert. Es sollen Grundlagen für eine „stärkere, geeintere und demokratischere EU“ geschaffen werden.

Europäischer Rat: Am 25. März verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU27 die **Römer Erklärung** zur Zukunft der EU. Darin wird der Zusammenhalt und die Geschlossenheit der 27 bekräftigt und zentralen Ziele für Europa wurden definiert: 1) sicher und geschützt; 2) wohlhabend und nachhaltig; 3) sozial; und 4) stärker auf der globalen Bühne. Am 28. September erfolgte im Rahmen eines informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs in Tallinn ein Austausch zur Zukunft der EU. Ratspräsident Tusk wurde dabei beauftragt, die Diskussion und jüngsten Reflexionen und Ideen zur Zukunft Europas in ein **konkretes Arbeitsprogramm** zu übersetzen.

Am Rande des **Europäischen Rates vom 20. Oktober** fand ein Austausch zu der zuvor von Ratspräsident Tusk vorgeschlagenen „**Leaders' Agenda**“ statt. Diese sieht bis zum Ende der Funktionsperiode des EP und der EK (vorauss. Juni 2019) insg. 13 Gipfeltreffen und bei Bedarf informelle Treffen vor. Weiters schlägt Tusk zur Beschleunigung gemeinsamer Entscheidungen der Mitgliedsstaaten sog. „Decision notes“ vor, die Streitpunkte aufzeigen und ernsthafte politische Diskussionen ermöglichen sollen. Falls in einer ersten Diskussion keine Einigung erzielt wird, solle entweder ein weiterer Versuch unternommen oder die Frage durch **vertiefte Zusammenarbeit** geregelt werden.

Europäisches Parlament: Das Europäische Parlament hat am 16. Februar **drei ambitionierte Entschlüsse zur Zukunft der EU** angenommen. Der Präsident des Europäischen Parlaments Tajani stellte beim Europäischen Rat am 19. Oktober die Vorschläge des

Europäischen Parlaments zur Zukunftsdebatte vor: so sollen etwa ab November zu jeder Plenartagung mind. ein Staats- bzw. Regierungschef der EU-27 oder andere Persönlichkeiten wie der Ratspräsident oder der Präsident der Europäischen Zentralbank zu einer Debatte über die EU-Zukunft eingeladen werden. Weitere Vorschläge (aus dem Papier *The Roadmap to a New Europe* von Guy Verhofstadt, ALDE) sind auch die Einrichtung einer High Level Group der drei Institutionen bzw. die Einbindung der „Bürger-Konvente“ dazu.

Am 26. September hielt der französische Präsident Emmanuel **Macron** eine Grundsatzrede zur Zukunft der Union. Er strebt nach einer „Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europas“ nach einer abgestuften Integration (Mitgliedstaaten, die in ihren Integrationsschritten weiter gehen wollen, dürften nicht daran gehindert werden - somit über vertiefte Zusammenarbeit hinausgehend). Das Spektrum seiner Reformideen reicht von der GASP/GSVP über Migrationsfragen bis zu Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Weitere Arbeiten (incl. Leaders' Agenda):

- 14./15. Dezember 2017: Europäischer Rat (ER) / Treffen EU-27
- 23. Februar 2018: informelles Treffen der EU-27; u.a. institutionelle Themen und MFR
- 22./23. März 2018: ER / Treffen EU-27
- 17. Mai 2018: EU-West Balkan Gipfel
- 28./29. Juni 2018: ER / Treffen EU-27
- 20. September 2018: informelles Treffen der EU-27 in Wien; innere Sicherheit
- 18./19. Oktober 2018: ER / Treffen EU-27
- 13./14. Dezember 2018: ER / Treffen EU-27
- 21./22. März 2019: ER / Treffen EU-27
- 9. Mai 2019: informelles Treffen in Sibiu (RO): Umsetzung Leader Agenda
- 20./21. Juni 2019: ER / Treffen EU-27